

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 249

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 85.—

Halver

Montag, den 23. Oktober 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 3.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 10.— M.,
Offerten-Verordnung 6.— M.

g an

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Personentaxe der Eisenbahn werden vom 1. Dezember ab das Vierfache der Oktobertaxe betragen.
- * Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages nahm eine Reihe von Anträgen zur Linderung der Not der Presse an.
- * Der preussische Minister des Innern Seebert antwortete im Landtage auf die Angriffe wegen der Unruhen vor dem Reichstag in Berlin.
- * Lloyd George ist von seinem Amt als Ministerpräsident zurückgetreten. Sein voraussichtlicher Nachfolger ist Bonar Law.
- * Die Ausschreibung der Arbeiterkraft auf dem Magdeburger Krupp-Grubenwerk wurde nach kurzer Dauer beendet.

Lloyd Georges Sturz.

London, 20. Oktober. Lloyd George ist mit dem gestrigen Kabinett zurückgetreten infolge eines Beschlusses der konservativen Partei, sich von der Regierungskoalition zu trennen.

Das nennt man einen kurzen Prozess, den die konservative Partei mit Lloyd George gemacht hat. Die Schrockheit, mit dem sie dem Manne, der seit sechs Jahren ununterbrochen als Premierminister die Geschicke des Reiches geleitet hat, den Stuhl vor die Tür setzte, indem sie mit 186 gegen 87 Stimmen beschloß, als unabhängige Partei in den Wahlkampf hineinzugehen, den wohl ihresgleichen nicht in der englischen Parteipolitik. Sie mußte im ganzen Lande um so größeres Aufsehen erregen, als Lloyd George sich wohl den erfolgreichsten Staatsmännern des Inselreiches zuzählen und bis fast in die allerletzte Zeit hinein auf den Beifall des größten Teiles der Bevölkerung rechnen konnte, wo immer er sich öffentlich hören und sehen ließ. Aber das Maß muß doch wohl schon zum Überlaufen voll gewesen sein, ehe die Allgemeinheit recht merken konnte, wie die Dinge standen, und die goldene Mäßigkeit, mit der schließlich die konservative Partei in ihrer Zusammenkunft gegen das Haupt der Regierung verfuhr, wird schon nicht nur ihre Tieser, sondern auch ihre ausreichenden Gründe haben.

Dass die beiden feindlichen Parteien in England sich beim Ausbruch des Weltkrieges zu einer nationalen Geschlossenheit zusammenfanden, entsprach lediglich guter britischer Tradition. Die Koalition hat allen Wechselstücken des Krieges erfolgreich standgehalten und sie ist auch, das wird heute selbst von ihren heftigsten Gegnern nicht bestritten, über den Krieg hinaus noch lange Zeit eine nationale Notwendigkeit geblieben. Man erinnert sich noch der eindringlichen Reden des Ministerpräsidenten, in denen er lange nach Abschluß des Friedens die nationale Einheitsfront als eine Notwendigkeit ersten Ranges unterstrich, mit denen er die Parteien davor warnte, wieder ihre eigenen Wege zu gehen. Immer neue Gründe mußte er zu finden: Bald die Dringlichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues,

bald die Unfähigkeit jeder einzelnen Regierung, die neue, in Versailles geschaffene Ordnung für Europa aufrecht zu erhalten und zu festigen, bald die der Allen Welt abgewandte Haltung der Vereinigten Staaten und schließlich auch die drohend am Horizont heraufziehende soziale Gefahr, die nach dem Kriege ein ungleich ernstes Gesicht auch für England angenommen hat, als sie das vorher zeigte. Und während die Parteien sich immer wieder zum Festhalten an der Koalition bereit fanden, ging Lloyd George von einem Konferenzort zum andern, um — die französische Außenpolitik immer fester vordringen zu lassen. Enttäuschung folgte auf Enttäuschung, bis schließlich die Art und Weise, wie die Türlen der Vertrag von Sevres mit schon gar nicht mehr heimlicher Unterstützung der Franzosen zerrissen und die Griechen aus Kleinasien hinauszuwerfen, dem Fuß den Boden ausschlug. In der konservativen Partei wuchs die Segnerschaft gegen einen Minister, der, zumal nach einem siegreichen Weltkriege, geradezu heilige Traditionen der englischen Politik in dieser Weise vertun und verhandeln konnte, immer höher an, sodaß selbst die bewährte Wortmeisterschaft des Ministers sie schließlich nicht mehr zu meistern vermochte. Man will keinen Tisch machen in England unter den Parteien und zunächst wieder einmal die Macht der alten Parteigrundzüge und die Geltung, die sie noch in der allgemeinen Volkstimmung besitzt, erproben. An den Kompromissen, die die letzten Regierungsjahre Lloyd Georges kennzeichneten, hat man sich den Magen gründlich verdorben, den Geschmack an einer Schaulustpolitik völlig verloren, die keine reine Freude an dem Bewußtsein, daß man ein Engländer war, mehr aufkommen ließ. So trennen sich wieder die Wege: Lloyd George geht nach links, Bonar Law, sein Nachfolger, mit den reinen Konservativen nach rechts. Sie führen über kurz oder lang in einen Wahlkampf, der an Heftigkeit wohl nichts zu wünschen übrig lassen dürfte. Gegenwärtig haben die Konservativen noch die Mehrheit im Unterhause, und sie werden alles daran setzen, sie zu behaupten. Ihr gestützter Gegner wird sich aber in das Kampfgetöse werfen mit der demagogischen Leidenschaftlichkeit, die man an ihm kennengelernt hat, und es wird ein ungewöhnliches Schauspiel geben, zwei Parteien mit ihren Führern, die viele Jahre hindurch in Not und Unglück tapfer zusammengestanden haben, nur gegeneinander aufmarschieren zu sehen. Neben ihnen die Arbeiterpartei, die vermutlich die Genuß der Lage nach Kräften auszunutzen wird. England steht vor einer neuen Wendung seiner Geschichte. Die Unsicherheit, mit der es ihr entgegengeht, ist der allgemeinen Verwirrung würdig.

Dass Bonar Law, der Nachfolger Lloyd Georges, sich an Gefährlichkeit und an Feindseligkeit gegen Deutschland von keinem seiner früheren Ministerkollegen übertreffen ließ, wissen wir wohl, ebenso, daß manche seiner Ministerkollegen von morgen ein möglichst enger Zusammengehen mit Frankreich als einzige Rettung für England ansehen. Wie weit sie dabei aber die Stimmung des britischen Volkes treffen, ist noch eine offene Frage.

Der gehende und der kommende Mann.

David Lloyd George wurde am 17. Januar 1863 als Sohn eines Dorfschullehrers in Manchester geboren. Der Vater starb sehr bald. Davids Onkel, bei dem er und die Mutter lebten, war Schuhmacher und Kirchenvorsteher. Er sorgte für Davids Erziehung und Ausbildung. Der junge Lloyd George wurde Rechtsanwalt und wirkte als solcher zu Beginn der achtziger Jahre in kleinen walfischen Orten. Frühzeitig wurde er als „Bauernanwalt“, als Rechtsvertreter der kleinen Pächter gegen die Landlords, populär und kam 1888, 25 Jahre alt, mit liberaler Unterstützung ins Unterhaus. 1906 wurde er Handelsminister. Dann wurde er Finanzminister. Er erzwang eine ziemlich scharfe Besteuerung des Großgrundbesitzes und schränkte die Rechte des Oberhauses durch eine Verfassungsreform ein. Als der Krieg ausbrach, gehörte Lloyd George nicht zu jenen Mittglidern des liberalen Kabinetts Asquiths, die aus der Regierung ausstiegen. Er blieb Schatzkanzler und tat sein Möglichstes, um durch chauvinistische Rhetorik den Kriegsgeldes seines Landes zu füttern und den Kriegseifer anzuspornen. Er wurde später Munitionsmister, dann Kriegsminister. 1916 bildete er als Premierminister das Kriegskabinet und die Kriegskoalition. Im Winter 1918, als Deutschland wiedergerungen war, brachten die „Kriegsregeln“ der Lloyd Georgeschen Koalition eine überwältigende Mehrheit: der Premierminister führte dies Ergebnis durch eine überaus robuste und wenig strupfbare Wahlkatalog, in der er die Beurteilung des Kaisers und den vollen Ersatz der Kriegsschäden und Kriegskosten durch Deutschland versprach. — Bonar Law, der zum Nachfolger Lloyd Georges bestimmt ist, stammt aus Schottland und ist 1858 geboren. 1918 war er Kolonialstaatssekretär im Kabinet Asquiths. Nach Asquiths Sturz sollte er Ministerpräsident werden, schlug aber Lloyd George vor und übernahm das Schicksal. Dieses legte er im vorigen Jahre nieder und zugleich sein Amt als Vorsitzender der konservativen Partei.



Lloyd George.



Bonar Law.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Schwierige Ausgleichsverhandlungen.

Die Ausgleichsverhandlungen in Berlin nehmen einen nur langamen Fortgang. Es herrscht zwischen der deutschen Regierung und den Leitern der alliierten Ausgleichsstellen über die Höhe der Forderungen eine Meinungsverschiedenheit. Die alliierten Vertreter geben die Ausgleichsforderungen mit 36 Millionen Pfund Sterling an, während die deutsche Regierung nur 25 Millionen Pfund Sterling anerkennen kann. Man hofft aber, über diese Summe bald zu einer Einigung zu kommen und nimmt an, daß die Beträge etwa in der Mitte zwischen diesen beiden Endsummen liegen werden. Die deutsche Regierung hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie augenblicklich nicht in der Lage ist, zu zahlen.

Änderung des Reichswahlgesetzes.

Der Reichstag nahm das Gesetz zur Änderung des Reichswahlgesetzes mit einigen Änderungen an. Die Stimmgewinnung können in Zukunft die Angehörigen der Partei enthalten. Die großen Wahlkreise 19 (Westfalen-Nord), 20 (Westfalen-Süd) und 21 (Hessen-Nassau), die mehr als sieben Millionen Einwohner umfassen, sollen in fünf Wahlkreise zerlegt werden. Da ein Wahlkreis durchschnittlich nicht mehr als anderthalb Millionen Einwohner zählen soll, werden auch die bayerischen Wahlkreise teilweise umgestaltet. Für Sachsen sollen künftig an fünf die Reichstagswahlen die Bestimmungen des sächsischen Landeswahlgesetzes vom 4. September 1920 maßgebend sein, wonach das Land in drei Wahlkreise geteilt wird.

Rußland.

Die Wahlen für die Sowjets sind im allgemeinen beendet. Sie brachten, wie erwartet, ein Übergewicht der Kommunisten. So wurden in Petersburg 141 Kommunisten und nur 10 Parteiloje gewählt. Gleiche Ergebnisse liegen aus dem europäischen Rußland und aus Sibirien vor. Die Wahlen sind die Grundlage für den allrussischen Sowjetkongress.

Das In- und Ausland.

Berlin. Der Marquis de Lubersac ist nach Paris zurückgekehrt, nachdem zwischen ihm und dem Stinnes-Konzern eine vollkommene Einigung erzielt worden ist.

Berlin. Die Deutsche Volkspartei wird für die Reichstagswahlen in Obersachsen, die bekanntlich am 19. November 1922 stattfinden, als Spitzenkandidaten Admiral Scheer aufstellen.

Berlin. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird der Sozialdemokrat Dr. Hilferding, früherer Chefredakteur der Freiheit, den ihm angebotenen Posten eines Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium nicht annehmen.

Paris. Die Kammer nahm mit 329 gegen 168 Stimmen ein Vertrauensvotum für Poincaré an und vertagte den Beginn der Diskussion des Budgets.

Madrid. Ein Kredit von 79 Millionen ist zum Anlauf von sechs Unterseebooten bewilligt worden.

Wassau. Das allrussische Zentralerloskomitee erläßt neue Polizeibestimmungen gegen Bestechungen und Banditenunwesen. In flagranti ergriffene Räuber dürfen sofort ohne Gerichtsverfahren von der Polizei erschossen werden.

Wassau. Krassin hat einen dreimonatigen Urlaub erhalten und eine Auslandsreise angetreten.

Tosia. Die roten Truppen haben Mikolajewsk genommen und marschieren auf Wladimirof. General Dietrich hat sich an Bord eines japanischen Schiffes geflüchtet.

Berlin. Der Deutsche Kruz, der in einer Demonstration in Oppeln tätlich angegriffen wurde und von des Schutzwaffe Gebrauch machte, ist verhaftet worden.

Deutscher Reichstag.

(260. Sitzung.)

CB. Berlin, 20. Oktober.

Das Haus war heute früher besucht als in den letzten Sitzungen. Die Anziehungskraft, die die heutige Tagesordnung ausübte, bestand in der ersten Beratung des von den Reichstagsparteien, der Deutschen Volkspartei und der Bayer. Volkspartei eingebrachten Antrages zur

Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten

bis zum 30. Juni 1925. Vorher wurden einige kurze Anfragen erledigt, darunter zwei, die eine Verlängerung des sächsischen Kultusministers betrafen, wonach fortan an Feiertagen, die nicht staatlich anerkannt sind, keinem Lehrer und keinem Schulleiter Unterrichtsbefugnisse erteilt werden dürften, um an religiösen Feiern teilnehmen zu können. Die von der Regierung erteilte Antwort lautete, daß Verhandlungen mit der sächsischen Regierung schweben, daß aber vom Standpunkte der Reichsverfassung aus gegen eine Verlängerung keine Bedenken bestünden. Den Antrag über die Präsidentenwahl begründete der Abgeordnete Marx (Zentr.), der namentlich betonte, daß man in der gegenwärtigen Zeit vom deutschen Volke eine Erregung, wie sie der Wahlkampf um den Präsidenten mit sich bringen würde, fernhalten müsse. Im übrigen stellte der Redner dem jetzigen Reichspräsidenten Ebert das beste Zeugnis aus. Dann sprach der Abg. Hergt (Deutschf.) für den Antrag seiner Partei, die Wahl am 3. Dezember vorzunehmen. Die Ausführungen dieses Redners riefen bei der Linken lebhafteste Rindgebrungen hervor. Der Redner warf die Frage auf, wie es komme, daß bisher alle Parteien für eine Neuwahl des Reichspräsidenten eingetreten seien und jetzt sich eine Mehrheit dafür gebildet habe, diese Wahl zu verschleppen. An die Spitze des Reiches gehöre eine Persönlichkeit, die Gewähr biete für eine Politik der Dauer und Stetigkeit. Gerade jetzt, wo wir vor der Entscheidung für oder gegen die Reichseinheit

stehen, gerade jetzt brauche man die Wahl eines Reichspräsidenten. Das Volk habe es satt, seine Rechte immer wieder dem Parteigedank und dem Parlamentarismus opfern zu lassen. Als der Redner erklärte, das Volk wolle einen überparteilichen Führer als Präsidenten, wurden von der Linken Rufe laut: „Massenmord! Hindenburg, Lubendorff, Wilhelm II.“ Hierbei tat sich namentlich der Abg. S. S. Klein (Komm.) hervor, der zur Ordnung gerufen wurde.

Reichskanzler Dr. Brüning

wies die Behauptungen des Abg. Hergt zurück, daß der Reichspräsident immer für seine Partei gestimmt habe. Weiter betonte er nachdrücklich, daß der Antrag der Mittelparteien ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie sei. Nach weiteren Bemerkungen gegen die Deutschnationalen erklärte der Reichskanzler, der jetzige Reichspräsident habe durch seine besonnene Ruhe in schweren Zeiten oft genug sich als Helfer aus der Not für die Kreise des Volkes erwiesen, die sich von der Diktatur des Profetarats bedroht fühlen. Unruhe auf der Rechten entstand, als der Reichskanzler bemerkte, von Christentum sollte doch nur derjenige sprechen, der einen scharfen Trennungsschnitt ablehne gegenüber den heidnisch-bösen Bestrebungen deutsch-völkischer Kreise, und minutenlanges Lärm, in den zahlreiche Plurisse sich mischten, wurde bei den Deutschnationalen laut, als der Reichskanzler mit den Worten schloß: „Aus dem Provisorium müssen wir heraus. Der vorliegende Antrag bietet doch einen geeigneten Weg. Ich bitte Sie, diesen Weg rasch zu betreten, damit diese verheerende Agitation von rechts endlich aufhört.“

Abg. Müller-Franken (Soz.) machte in kurzen Worten geltend, daß die Haltung seiner Parteifreunde in dieser Frage durchaus klar und folgerichtig sei. Damit das Ausland sehe, daß die Deutschnationalen sich in einer rettungslosen Minderheit befinden, biete die Annahme des vorliegenden Antrages die beste Gelegenheit. Eine Kandidatur Hindenburgs, versicherte er, würde die Sozialdemokraten durchaus nicht schrecken.

Schutzmaßnahmen für den Reichstag.

Unter großer Bewegung des Hauses rief hieran Präsident Ebert den Abg. Koch-Düsseldorf (Deutschnat.) zur Ordnung, weil der Genannte dem Reichskanzler, als dieser seine Rede schloß, zugerufen hatte: „Sie Heppapöfel“, und hieran knüpfte der Präsident die Mitteilung, daß in letzter Zeit die Schutzmaßnahmen für den Reichstag im Reichstage hätten verstärkt werden müssen, weil die bisherigen Maßnahmen sich als unzureichend erwiesen. Es seien neue Anschläge gegen den Reichskanzler geplant. Alle Mitglieder sollten sich unter diesen Umständen veranlaßt fühlen, bei den Verhandlungen ruhig und sachlich vorzugehen.

Abg. Dr. Stresemann (Deutsche Volksp.) stellte dem Abg. Hergt gegenüber fest, daß der vorliegende Antrag keineswegs auf Anregung der Sozialdemokraten zurückzuführen sei. Der Antrag entspringe auch nicht dem Parteigedanken, sondern der ernstesten Sorge um das Wohl des Vaterlandes und um die Reichseinheit. Dieser Vorstellung der Parteiführer habe sich auch der Reichspräsident nicht verschlossen, und er habe das große Opfer eines Verzichts auf die Wahl in diesem Jahre gebracht. Um eine nationale Einheitsfront herzustellen, hätte der Abg. Hergt eine andere Rede halten müssen. (Dehrender Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Frau Clara Jeklin betonte die große Wichtigkeit der Präsidentenwahl, bei der es nicht um eine Person gehe, sondern um die ganze Politik der nächsten Jahre. Die Bedeutung dieser Wahl dürfe nicht durch einen Aufstand der parlamentarischen Parteien verdeckt werden.

Der Antrag wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Neue Katastrophenhauffe.

Der Dollar über 3600!

Berlin, 20. Oktober.

Die durch den Rücktritt Lloyd Georges verursachte Spannung der internationalen Lage bewirkt eine neue Katastrophenhauffe an der Berliner Freitagsschörse. In Devisen sowohl wie Effekten trat eine außerordentlich starke Kurssteigerung ein. Man befürchtet eine Sinaus-zögerung der Brüsseler Konferenz und damit auch den Aufschub einer vernünftigen Regelung der Reparations-angelegenheit. Poincaré dürfte in dieser Frage viel leichteres Spiel haben, welches er zweifellos gegen die deut-schen Interessen führen wird. Außerdem zeigt sich, daß die neue Devisenverordnung die auf sie gesetzten Hoffnun-gen bisher noch nicht zu erfüllen vermag.

Vierfache Bahnfahrpreise im Dezember.

Je 100 Prozent Aufschlag am 1. 11. und 1. 12.

Die gleichen Gründe, welche für die Erhöhung der Personen-tarife zum 1. Oktober und 1. November d. J. be-stimmend waren, nötigen zu ihrer weiteren Erhöhung am 1. Dezember, womit sich auch der ständige Aufschlag des Reichseisenbahnrates grundsätzlich einverstanden erklärt hat.

Die am 1. November in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. De-ze-mber 1922 ab um weitere 100 Prozent, also um das Vier-fache der vom 1. Oktober ab geltenden Tarifsätze erhöht.

Die Erhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Fahrtaufweise zum vierfachen Satze ihres aufgedruckten Preises verkauft werden; eine Überstempelung der Fahrkarten erfolgt nicht. Die Erhöhung um 100 Prozent erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die Militärfahr-preise und die verschiedenen Gebührensätze mit Ausnahme der Sätze für Gepäck und Erprekaut. Die Gepäck-fracht wird zum 1. Dezember 1922 auf 40 Pf. (bisher 15 Pf.) für je 10 Kilogramm und 1 Kilometer erhöht. Die Grundfäh-re für die Berechnung und Aufrechnung der Gepäckfracht blei-ben unverändert. Die Mindestfracht wird auf 20 Mark (bisher 15 Mark) festgesetzt. Der Erprekautarifen-entspricht jeweils dem um 60 Prozent erhöhten Eilguttarif. Die Gebühren für Bahnsteigkarten und Erlaubnis-karten zum Betreten der Bahnsteige zum Ausgeben oder Abholen von Zeitungsabnahmehescheften werden gleichfalls auf das Vierfache erhöht. Über die Preise der Zeitlar-ten folgt besondere Bestimmung.

Die Antwort des Ministers Severing.

Neue Lärmereien im Preussischen Landtag.

(177. Sitzung.) 22. Berlin, 20. Oktober.
Auf die heftigen Vorwürfe, die gegen die preussische Re-gierung in der Donnerstagssitzung des Landtages wegen der Unruhen vor dem Zirkus Busch gerichtet worden waren, gab heute der zuständige Minister des Innern Severing (Soz.) eine ausführliche Antwort. Er tat das mit der ihm eigenen überlegenen Ruhe und Schlagfertigkeit, sowie mit einer klaren logischen Sachlichkeit, die bei den Regierungsparteien lebhafteste Anerkennung, bei den Kommunisten wütenden Widerspruch und infolgedessen neue heftige Lärmereien hervorrief. Er betonte zunächst, daß es ihm darauf ankomme, den üblen Eindruck wieder zu beheben, als ob in Preußen alles drunter und drü-ber ginge.

Die Nervosität in der Öffentlichkeit
sei nur verständlich, wenn man den Vorgängen am Zirkus Busch die Bedeutung eines Zeichens für allgemein herrschende Zustände beimesse. Es sei durchaus verfehlt, wenn man diese Zwischenfälle für eine Generalprobe der Kommunisten halte. Darum solle man sich vor Übertreibungen hüten. Ausschreitun-gen seien auch unter dem alten Regime vorgekommen. Er müsse sich dagegen verwahren, daß der Preussische Staat irgendwie wackele. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Von den Kommunisten sei es unerantwortlich gewesen, ihre Mitglieder aufzufordern, am Zirkus Busch zu erscheinen. Gegen die An-machung der Staatsgewalt durch Unruhen werde die Staats-ge-walt stets rücksichtslos einschreiten. Der Kommunist Geisler hat, so sagte der Minister weiter, es abgelehnt, dem Polizei-präsidenten das Programm der kommunistischen Aktion vorzu-legen. (Lebhafte Zustimmung.) Abg. Kapp (Komm.) rief: Diesem Oberhaupt und Oberkammer Richter sollen wir wohl die Originale in die Hand geben! — Rüge des Präsidenten.)

Auch ich kann Ihnen Waffen vorzeigen.
(Unter großer Heiterkeit des Hauses holt der Minister mehrere den kommunistischen Demonstranten abgenommene Pistolen und andere Waffen aus großen Aktentaschen hervor. Darunter befindet sich auch eine als Dolch hergerichtete Schere.) Mit solchen Dolchmessern sind auch Politiken verwundet worden.

Goldelfe.

Roman von E. Marlitt.

46

(Nachdruck verboten.)

Elisabeth benutzte diesen Augenblick, ihren Arm leise aus dem Bades zu ziehen und sich unter die Gesellschaft zu mischen, die einen dichten Kreis um den Schlossherrn bildete, während eine junge Dame als Dryade kostümiert und von vier anderen Waldnymphen umgeben, ihn in holperigen Schritten im Waldbrevier begrüßte.

Elisabeth hatte sich unterdes im Gedänge wieder mit Doktor Fels und dessen Frau zusammengefunden. Letztere nahm das junge Mädchen sogleich bei der Hand, damit sie nicht wieder getrennt würden.

„Weiben Sie noch so lange, bis man anfängt zu tanzen,“ meinte sie auf Elisabeths Wunsch hin, daß vielleicht jetzt der Augenblick gekommen sei, wo sie sich unbemerkt entfernen und nach Hause gehen könne. „Ich verdanke es Ihnen gar nicht, wenn Sie die Gesellschaft so bald wie möglich verlassen wünschen,“ sagte sie lächelnd hinzu; „auch wir werden nicht lange bleiben, mir läßt die Sorge um meine Kleinen daheim keine Ruhe, und daß ich überhaupt hier bin, ist ein schweres Opfer, welches ich der Stellung meines Mannes bringe... Herr von Walde, dem Sie nun einmal heute durch das Los angehören, tanzt nicht, er wird Sie gewiß freigeben, wenn der Tanz beginnt, denke ich.“

Der Menschenknäuel entwirrte sich plötzlich. Von der Spitze des Turmes rauschte ein imposanter Marsch hernieder, und während die Herren schattige Plätze suchten, eilten die Damen nach den Bissetts, um, den Bestimmungen des Festes gemäß, das Beste für die Herren der Schöpfung herbeizutragen.

Herr von Walde schritt langsam über den Platz, er hatte die Hände auf den Rücken gelegt und sprach mit dem Kreis-gerichtsdirektor Busch, der an seiner Seite ging.

„Mein bester Herr von Walde, nun kommen Sie zu uns!“ rief die Oberhofmeisterin zu ihm hinüber und streckte ihm in beinahe zärtlicher Weise die Hände entgegen. „Ich habe Ihnen ein reizendes Plätzchen aufgehoben... Außen Sie hier aus auf den wohlverdienten Vorbeeren, die man Ihnen heute streut... Zwar sind sämtliche junge Damen durch das Los gefesselt, aber hier unsere schönen, liebenswür-

auch den Versammlungsbesuchern wurden Waffen angenom-men. Wir gehen gegen beide Teile in gleicher Weise vor. Wie ich erfahren habe, hatte die kommunistische Zentrale die Ab-sicht, den Zirkus zu besetzen. Sie haben die Arbeiter zu Ach-t-groschen-Jungen herabgewürdigt. (Lärm bei den Kommuni-sten und beleidigende Zurufe gegen den Minister.) Drohun-gen schüchtern mich nicht ein, sondern rufen nur meinen Wider-stand hervor. Der Bund für Freiheit und Ordnung ist eine Stätte, in der nach meiner Überzeugung mindestens so-viel aufgebracht wird wie bei der kommunistischen Zentrale. Der amliche Polizeibericht über die Versammlung meldet, daß auf die Hohenzollern und auf den Kaiser ein „Hoch“ ausgedrückt wurde, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Über die Tätigkeit der Polizei

lagte der Minister: Die Polizei hat allerdings insofern ver-sagt, als die Offiziere der Gruppe Mitte sich auf die Ver-sammlungsbühne nicht eingestellt haben. Der Polizei-präsident mußte auch früher aufstehen. Wäre ich hier gewesen, ich wäre noch früher aufgestanden. Ausländer, die ihr Nichtrecht mißbrauchen, und sich in extremen politischen Parteien, besonders bei den Kommunisten betätigen, werden rücksicht-slos ausgewiesen. (Stürmische Unterbrechung bei den Kommunisten.) Nun

die Maßnahmen für die Zukunft.

Veränderungen sind notwendig. Die bisherigen Beamten aus der Polizei ganz zu entfernen, halte ich nicht für richtig, weil sie sonst stets ihre Pflicht getan haben. Bei politisch unbestimmten Gruppen soll die Versammlungsgenehmigung nur erteilt wer-den, wenn sie die Gewähr bieten, daß die Teilnehmer sich fried-lich und unbewaffnet versammeln. An die Rechte richte ich die Mahnung: Wenn es Ihnen ernst ist mit der Aufrichtung der Staatsautorität, dann verzichten Sie auf jede Selbstschutze-zeugung. Die Rede des Ministers wurde vom größten Teil des Hauses mit starkem Beifall aufgenommen, in welchem der Lärm der Kommunisten unterging. Die Kommunisten brachten spöttische Zurufe auf den Minister aus, und der Abg. Kapp erging sich andauernd in beleidigenden Zurufen zum Minister, bis Präsident Reinert unter dem Beifall des Hauses drohte, ihn aus dem Saale zu weisen.

Dann wurde die Aussprache fortgesetzt, in der zunächst der Zentrumsabgeordnete Ergig und nach ihm der Demokrat Janßen noch weitere Einzelheiten zu den Vorgängen vor dem Zirkus berichteten und scharfe Kritik daran übten.

Warum der Kaiser nach Holland ging.

Wilhelm II. für die Aufklärung der Schuldfrage.

So wenig Neues die Erinnerungen des Kai-sers bei der Darstellung der bekannten Vorgänge am 8. und 9. November 1918 bieten, mit um so größerer menschlicher Anteilnahme wird man lesen, was der Kaiser über die Gründe schreibt, die ihn zum Übertritt nach Holland bestimmten. Bei der Beurteilung der deutschen Revolution selbst kommt er nicht über die bekannte Darstellung hinaus, die sich in dem bekannten Wort vom „Dolchstoß in den Rücken der Armee“ zusammenfassen läßt. Er beklagt sich auf das bitterste darüber, daß ihm der eigene Entschluß über seinen Thronverzicht vom Reichs-kanzler Prinz Max vollkommen aus der Hand ge-nommen worden sei, da der Kanzler die Abdankung, ohne den Entschluß des Kaisers abzuwarten, bereits bekannt-gegeben habe. Er erhebt weiter gegen Scheidemann den schweren Vorwurf, daß dieser ein „staatsgefährliches Spiel“ getrieben und den unschlüssigen Prinzen Max immer weiter in die Revolution hineingetrieben habe.

Dann kommt der Kaiser auf die bekannten drei Mög-lichkeiten zu sprechen, die ihm, außer dem Übertritt auf neutrales Gebiet, am 9. November noch offenstanden hätten: Kampf an der Front, Rückkehr nach Berlin, oder schließlich Selbstmord. Die ersten beiden Wege lehnt der Kaiser mit dem Hinweis darauf ab, daß in beiden Fällen eine große Zahl seiner Soldaten in neuen nutzlosen Gefechten in den sicheren Tod getrieben worden wäre. Die heftigsten Seelenkämpfe hat er bei der Erwä-gung des letzten verzweifeltsten Ausweges durchzufochten gehabt bei der Frage, ob er die Waffe gegen sich selbst richten solle. Auch in der deutschen Öffentlichkeit und in den Kreisen der Frontkämpfer ist gerade über diese Mög-lichkeit mit vielen moralischen und politischen Gründen oft diskutiert worden. Die Frage des persönlichen Inter-esses, der dazu nötig gewesen wäre, wird in den Kaisererinne-rungen überhaupt nicht berührt, wohl aber ist, soweit die moralische Seite dieser Überlegung in Betracht kommt, mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die christliche Religion, zu der der Kaiser sich in strengster Form be-kennt, den Selbstmord verbietet. Nun, und daher beson-ders wichtig, ist jedoch die politische Begründung, die der Kaiser dafür gibt, daß er sich letzten Endes doch nach langem Widerstreben zur Fahrt über die Grenze bestimmten ließ. Er stellt die Frage der „Schuld am Kriege“ in den Vordergrund und sagt, niemand könne so gut wie er selbst bezweifeln, daß Deutschland stets vom tiefsten

organ Wagnismutten sind bereit, Ihnen den Wein zu kreden-zen und von den Bissetts herbeizutragen, was Ihr Herz begehrt.“

„Ihre Güte und Fürsorge rührt mich, Erzellenz,“ ent-gegnete der Angeredete, „aber ich will nicht hoffen, daß Fräulein Gerber mich dem allgemeinen Mitleide überlassen wird.“

Er sprach mit lauter Stimme und wandte sich um nach Elisabeth, die nicht sehr entfernt von ihm stand. Sie hatte jedes Wort gehört. Sofort schritt sie hinüber und stellte sich so ruhig und fest an seine Seite, als sei sie durchaus nicht gewillt, auch nur ein Haar breit von ihrer Verpflichtung an andere abzutreten. Es flog in diesem Augenblicke etwas wie ein freudiges Erschrecken über sein Gesicht. Sein Auge be-gegnete ausleuchtend dem ihren, das, unbetrübt durch die Um-gebung, lächelnd zu ihm aufschau. Er schien unerhörterweise ganz und gar zu vergessen, daß die Frau Oberhofmeisterin ein „reisendes Plätzchen“ für ihn aufgehoben hatte, denn nach einer leichten Verbeugung gegen die Erzellenz und die sie umringenden, willfährigen jungen Damen reichte er Elisabeth den Arm und führte sie über den Platz nach einer diktatorischen Eile, unter deren Schatten Doktor Fels so eben für sich und seine Frau einen Sitz zurechtgemacht.

„Nein, diese Rache geht denn doch ein wenig zu weit!“ wandte sich die Oberhofmeisterin entrüstet an den Grafen Wildenau und die sehr verblüfft dastehenden fünf Walb-gragen. „Er lacht das ganze Fest zu verhöhnen, indem er die Anwesenheit der kleinen Person in so auffällender Weise hervorhebt... Ich wette, schließlich bildet sich das Gänsechen dort auch noch ein, das geschähe alles nur um ihrer schönen Augen willen.“

Alle zehn Augen der schönen, liebenswürdigen Wald-nymphen schwebten gleichzeitig einen vernichtenden Blick auf Elisabeth, die in diesem Augenblicke unbefangen nach dem Markisenberzette ging und bald darauf mit einer Flasche Sekt und vier Gläsern nach der Eile zurückkehrte, wo sich Herr von Walde und das doktorliche Ehepaar bereits einträch-tig hinter einem Tische niedergelassen hatten.

„Unsere sämtlichen Damen haben heute wahre Blumen-gärten auf dem Scheitel,“ sagte Frau Fels, als das junge Mädchen an den Tisch trat, „nur Fräulein Gerber geht schmucklos wie Aschenbrödel; das leide ich nicht.“

Sie zog aus dem großen Strauß, den sie in der Hand hielt, zwei Rosen und stand auf, um Elisabeth damit zu schmücken.

Friedenswillen erfüllt war. Er fühlte sich auch nach der Abdankung als der moralische Anwalt und Verteidiger seiner Nation und wollte in den schweren Angriffen, die in der Schuldfrage gegen Deutschland zu erwarten waren, sein Zeugnis in die Waagschale werfen.

Man wird anerkennen müssen, daß der Kaiser schon mit seinen vorliegenden Erinnerungen manchen wertvollen Beitrag zur Verteidigung Deutschlands gegen die infame Schuldfrage geliefert hat, und man wird wünschen, daß der Entschluß des Kaisers vom 9. November wenigstens in dieser Hinsicht noch gute Früchte für das deutsche Volk tragen möge.

Sofales und Provinzielles.

Salver, 23. Oktober 1922.

□ Zur Wetterlage. Etwas reichlich spät hat sich der Wettergott darauf besonnen, daß es im Oktober im all-gemeinen so eine Art „Altweibersommer“ gibt. Nach dem miserablen Sommer warteten wir schon längst darauf. Um die Wende der zweiten Oktoberwoche trat endlich das lang-ersehnte schöne Wetter ein. Unter dem Einfluß des über Norddeutschland lagernden Hochdruckgebietes klarte sich das Wetter bei überwiegender östlichen bis nordöstlichen Winden immer mehr auf. In den Nachstunden kühlte sich die Temperatur allerdings sehr stark ab — verschiedentlich wurden Nachfröste beobachtet, die in den Mittelgebirgen sogar recht empfindlich waren — in den Tagessunden war es dafür um so schöner. Am 16. und 17. Oktober traten dann infolge des Vorüberzuges eines Tiefdruckwirbels in Mittel- und Ostdeutschland Niedererschläge ein, die jedoch zumeist nur von kurzer Dauer und auch nicht zu ergiebig waren. Nach Abzug des Tiefs besserte sich das Wetter allgemein. Das Barometer kletterte immer mehr empor. Bei der gegenwärtigen Wetterlage darf man mit einem etwas längeren Bestand des verhältnismäßig schönen Wetters rechnen; im Osten sind allerdings beim Vorüber-gang unterer Teiltiefs Niederschläge nicht ausgeschlossen.

□ Gebühren für Nachforschungen der Post. Mit so-fortiger Wirkung ist die Gebühr für die Anstellung um-fangreicher Nachforschungen im Post- und Telegraphen-betrieb den gesteigerten Selbstkosten der Postverwaltung entsprechend auf 56 Mark für Leistungen bis zur Dauer einer Stunde erhöht worden; darüber hinaus wird für jede volle oder angefangene Viertelstunde der Betrag von 14 Mark angelegt. Im Fernsprechnetz kommt diese erhöhte Gebühr bereits seit 1. Oktober zur Anwendung.

—* Gemeindevahlen wahrscheinlich im Früh-jahr. Ein bestimmter Termin ist für diese dringend notwendigen Wahlen noch nicht angekündigt; die Regie-rung scheint aber jetzt auch davon überzeugt zu sein, daß sie nicht mehr lange hinausgeschoben werden dürfen. Wenigstens hat Minister Severing bei seinem kürz-lichen Aufenthalt in Westfalen einem Vertreter der sozialdemokratischen Presse erklärt: Der Wunsch des Kabinetts ist, die Wahlen im Frühjahr stattfinden zu lassen. Wahrscheinlich wird dies möglich sein infolge einer Notverordnung.

—* Auf die im heutigen Anzeigenteil veröffentlichte Verordnung über die Aubringung von Preis-schildern für Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs wird besonders hingewiesen. Die ge-naue Durchführung der Verordnung wird durch die Polizeibehörden und örtlichen Preisprüfungsstellen ein-gehend überwacht und Uebertretungen sofort zur An-zeige gebracht werden. Die Beteiligten tun daher gut, sich die Beachtung der Bestimmungen besonders an-gelegen sein zu lassen, zumal im Uebertretungsfalle scharfe Strafbestimmungen Platz greifen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die vom Herrn Oberpräsidenten für die Provinz Westfalen am 15. 3. 1922 erlassene Preisschilder-Verordnung für Lebens-und Futtermittel noch heute in Kraft ist. Ihre genaue Durchführung wird allen Beteiligten erneut in Erin-nerung gebracht. Die Polizeibehörden und örtliche Preis-prüfungsstellen werden für die Folge durch öftere Revi-sion für die ordnungsmäßige Einhaltung auch dieser Bestimmung Sorge tragen.

—* Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben: Der Einheitsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Leipzig versendet Berichte über seinen letzten Verbandstag, in dem er mitteilt, daß er sich mit dem Bund Deutscher

„Dakt!“ rief Herr von Walde und hielt ihre Hand zu-rück. „In diesem Haare mag ich nur die Orangeblüte sehen.“ „Die ziemt eigentlich nur den Bräuten,“ meinte die Doktorin unbefangen.

„Ja, eben deshalb,“ entgegnete er, und so ruhig, als habe er etwas gesagt, das sich ganz von selbst verstand, küßte er die Gläser und wandte sich an Fels.

„Stoßen Sie mit mir an, Doktor,“ sagte er. „Ich trinke auf das Wohl meiner Netterin, der Goldelfe auf Gnade!“

Der Doktor schmunzelte und stieß kräftig an. Auf dies Zeichen näherte sich eine Schar Herren, mit den Gläsern in der Hand.

„Schön, meine Herren, daß Sie kommen!“ rief ihnen der Schlossherr entgegen, „trinken Sie mit mir auf die Erfüllung meines höchsten Wunsches!“

Ein Hoch schallte durch die Lüfte, und die Gläser klangen lustig aneinander.

„Estandlos!“ rief die alte Erzellenz und ließ die Gabel mit einem saftigen Stücker marinierten Aales auf den Teller fallen. „Dort drüben geht es ja wahrhaftig zu, wie in einer Studentenkeiße... Übrigens, meine Liebe,“ wandte sie sich an Helene, „ich bemerke mit großem Erstaunen, daß Ihr Herr Bruder ziemlich familiär mit dem Doktor Fels verkehrt.“

„Er schätzt ihn hoch als einen durchaus rechtlichen Mann mit bedeutendem Wissen,“ erwiderte Helene.

„Das ist alles recht schön und gut, aber er weiß sicher nicht, daß dieser Mensch gegenwärtig sehr übel angeschrieben ist an unserem Hofe. Denken Sie sich, er hat die unbegründete Kühnheit gehabt, unserer allgeliebten Prinzessin Katarina —“ „Ja, ich kenne diese Geschichte,“ unterbrach Fräulein von Walde die Entrüstete, „mein Bruder hat sie mir vor einigen Tagen selbst mitgeteilt.“

„Wie, er weiß das und berücksichtigt so wenig die Stim-mung des Hofes, der ihn stets ausgezeichnet hat? ... Un-glaublich! ... Ich versichere Ihnen, liebes Kind, mir schlägt schon jetzt das Gewissen, und ich werde bei Ankunft unserer Herrschaften sicher die Augen nicht aufschlagen können, in dem schuldigen Bewußtsein, daß ich mit diesem unmanierlichen Menschen hier zusammengekommen bin.“

Helene zuckte mit den Achseln und überließ die Ober-hofmeisterin ihren Gewissensbissen und einem frischgefüllten Glase Schaumwein, mit welchem sie sich ohne Zweifel jetzt schon für jenen großen, gefährlichen Antunismoment Mut und Fassung einzufüllen suchte.

